

POSITIONEN UND PERSPEKTIVEN: STIMMEN VON POLITIKERN ZUM EU-GIPFEL

Klare Antwort: Für Hans-Gert Pöttering (CDU) ist es nur „fair und demokratisch“, das Abstimmungsverfahren der doppelten Mehrheit anzuwenden. Schließlich sei die EU „eine Union der Staaten und der Bürger“, antwortete der Präsident des Europäischen Parlaments auf die Frage dieser Zeitung nach seinem Wunsch. Ob es aber auch dazu kommt?



Hans-Gert Pöttering

„Ich hoffe sehr, dass die polnische Regierung nicht auf einem Veto besteht“, sagte der Europapolitiker aus Bad Iburg. „Aber die Situation ist ernst.“ Pöttering wünscht sich, dass der EU-Gipfel die Eröffnung einer Regierungskonferenz beschließt mit dem Ziel, „bis zum Ende dieses Jahres einen neuen Text

zu unterzeichnen“ – der dann bis zur Europawahl 2009 von allen Mitgliedstaaten ratifiziert werden kann. „Dafür wäre es wichtig, dass die Gipfelteilnehmer sich bereits auch in der Substanz über die meisten Fragen einigen.“

(har)

„Ich wünsche mir, dass der Verfassungsvertrag wie er vom Konvent beschlossen wurde, zum großen Teil erhalten bleibt“, sagte der EU-Abgeordnete Matthias Groote (SPD) aus Rhaderfenn dieser Zeitung. Denn das Vertragswerk bedeute einen Mehrwert für die Menschen in der EU und garantiere die Funktionsfähigkeit der Gemeinschaft. Besonders



Matthias Groote

wichtig sei eine Einigung auf das Prinzip der doppelten Mehrheit bei den Ratsbeschlüssen. Die von Polen favorisierte Quadratwurzel-Rechnung bei der Stimmengewichtung „wird es nicht geben“, zeigt sich Groote überzeugt. Allerdings geht er davon aus, dass es zu Abstrichen bei der Symbolik komme. Auch die Bezeichnung „Verfassung“ für das Vertragswerk habe vermutlich keine Chance. Im Blick auf Polens Veto-Drohung und Großbritanniens traditionelle EU-Skepsis sagte Groote: „Die Zeiten der Sonderrollen sind vorbei.“

(gio)

Der CDU-Europaabgeordnete Professor Dr. Hans-Peter Mayer aus Vechta sieht in der Auseinandersetzung um die Mehrheitsverhältnisse ein falsches Demokratie-Verständnis Polens: „In der EU hat jeder Europäer das selbe Stimmge-

wicht und ich fordere Polen auf, diese Grundregel der Demokratie anzuerkennen.“ Polen habe zudem bereits im Vorfeld im Verfassungskonvent und in Regierungskonferenzen der Stimmengewichtung zugestimmt und müsse sich auch nach dem Regierungswechsel an diese völkerrechtlichen Vereinbarungen halten. Tue es dies nicht, isoliere sich Polen gegenüber den anderen 26 EU-Staaten und schade damit der Integration der EU. Die deutsche Ratspräsidentschaft werde auf europäischer Ebene durchweg sehr positiv gesehen. Wenn Angela Merkel mit ihrem Verhandlungsgeschick auch noch die letzte



Hans-Peter Mayer

Streitpunkte beseitige, „dann hat sie ein absolutes Übersoll erfüllt.“

(ak)

Andrzej Matynia, Landrat des polnischen Kreises Starachowice, der bis gestern mit einer Delegation den Landkreis Vechta bereiste, sagte dieser Zeitung, die gegenwärtige Diskussion um die Mehrheitsverhältnisse in der EU würde das gute Verhältnis zwischen den Kreisen nicht beeinflussen: „Die große Politik wird in Warschau, Berlin und Brüssel gemacht. Dafür sind wir nicht zuständig.“ Matynia geht davon aus, dass in den laufenden Gesprächen ein Kompromiss gefunden werden kann.



Andrzej Matynia

(ak)